

Antrag 228/I/2020**FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****EU-Landwirtschaftspolitik**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in
 2 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-
 3 schen Parlament werden aufgefordert, mittelfristig den
 4 Systemwechsel in der Gemeinsamen Agrarpolitik unter
 5 folgenden Gesichtspunkten durchzusetzen:

- 6
- 7 • weitgehend herbizit- und pestizidfreie Landwirt-
 - 8 schaft z. B. durch Umpflügen des Bodens
 - 9 • minimaler Einsatz von Düngemitteln
 - 10 • artgerechte Tierhaltung und artgerechter Lebend-
 - 11 transport
 - 12 • Erhalt der Artenvielfalt im ländlichen Raum
 - 13 • Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte
 - 14 in Hand von bäuerlichen oder handwerklichen Be-
 - 15 trieben
 - 16 • Förderung kleiner, bäuerlicher, unternehmergeführ-
 - 17 ter Betriebe
 - 18 • nachhaltige Landwirtschaft mit jährlichen Frucht-
 - 19 wechseln statt Monokulturen

20

21 Die Förderung muss umgestellt werden von den bisheri-
 22 gen un gelenkten Direktsubventionen pro Fläche auf ei-
 23 ne Förderung der Bauern für die Erbringung öffentlicher
 24 Leistungen wie Gewässer-, Bestäuber- oder Klimaschutz
 25 entsprechend den Forderungen einer nachhaltigen Land-
 26 wirtschaft. Dies ist unerlässlich, um dem Ziel der GAP, die
 27 Landflucht zu stoppen, näher zu kommen. Notwendig zur
 28 erfolgreichen Umsetzung einer nachhaltigen Landwirt-
 29 schaft ist ein wirksames Kontroll- und Sanktionssystem
 30 für das ebenso Geld bereitgestellt werden muss, wie für
 31 die Förderung der Landwirtschaft insgesamt.

32

33 Ferner darf sich Europa nicht länger für ungezügelten
 34 Freihandel im Agrarsektor einsetzen. Ungleichgewichte
 35 der Akteure auf dem Weltmarkt wegen Subventionen
 36 führen zur Vernichtung von kleinbäuerlichen Existenzen
 37 im Afrika südlich der Sahara. Sie erzeugen Armut, eine
 38 schlechte Versorgungslage und verstärken so als weitere
 39 Fluchtursache die Land-Stadtflucht und Migrationsbewe-
 40 gungen. Fairer Handel hingegen erlaubt diesen Ländern
 41 nicht nur Zölle, sondern darüber hinaus Einfuhrverbote
 42 für bestimmte Produkte. Anders sind beispielsweise tief-
 43 gefrorene Fleischreste nicht von funktionierenden land-
 44 wirtschaftlich geprägten Ökonomien des globalen Südens
 45 fernzuhalten.

46

47 **Begründung**

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 46/I/2021 (Konsens)****LPT I-2020: vertagt**

**Mitteilung FA II: Der neu eingereichte Antrag "Antrag
 46/I/2021 Für einen grundlegenden Systemwechsel in
 der EU-Landwirtschaftspolitik!" ersetzt diesen Antrag
 "228/I/2020 EU-Landwirtschaftspolitik":**

https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/fuer-einen-grundlegenden-systemwechsel-in-der-eu-landwirtschaftspolitik/

48 Begründung:

49 Die EU setzt viel Geld für die Subventionierung des Agrar-
50 sektors ein. Dieses Geld fließt bisher zum großen Teil un-
51 gelenkt per Direktzahlung an Höfe ab einer bestimmten
52 Größe. Kleine Höfe, die in vielen Gebieten Europas den
53 ländlichen Raum prägen, oder die Erzeugung von Pro-
54 dukten mit höherem Arbeitsaufwand wie Milch betrei-
55 ben, sind hierbei systematisch schlechter gestellt. Versu-
56 che beim 7-Jahreshaushalt 2014 neue Akzente in Richtung
57 Umweltschutz zu setzen – durch den Erhalt von Grünland,
58 jährliche Fruchtwechsel, um zu nachhaltig bewirtschaftete-
59 ten Böden zu kommen, und Vorrangflächen für Landwirt-
60 schaft ohne Chemie – sind komplett gescheitert. Zuneh-
61 mend beherrscht der internationale Finanzmarkt die Ver-
62 pachtung von Ackerflächen und vereinnahmt die unbüro-
63 kratisch ausbezahlten Direktsubventionen der Bauern.
64 Deren Lage hat sich rapide verschlechtert, da sie meist nur
65 Rohstofflieferanten sind und ihre Produkte nicht selbst
66 veredeln. Oligopolartige Konzentrationen im Einzelhan-
67 del haben einen enormen Kostendruck erzeugt, der zu
68 den heutigen Dumpingpreisen geführt hat – mit entspre-
69 chenden Folgen von Selbstausbeutung auf kleinen Hö-
70 fen und Dumpinglöhnen für Arbeiter*innen, etwa in der
71 Fleischverarbeitung. Daher ist die Besserstellung von bäu-
72 erlichen Genossenschaften zur Weiterverarbeitung von
73 Milch und Fleisch sowie das Verbot der Herstellung durch
74 den Handel als Lösungsmöglichkeit zu prüfen. Betrachtet
75 man die durchschnittliche Größe von Höfen in Deutsch-
76 land und Europa wäre eine Begrenzung der Förderung
77 auf die ersten 100ha vollkommen ausreichend und wür-
78 de kleine bis mittlere Höfe unterstützen.
79 Ein stabiler ländlicher Raum, der das Ziel der GAP, die
80 Landflucht zu stoppen, erreicht, wird bisher nicht geschaf-
81 fen. Im Gegenteil destabilisiert eine auf endliche Nutzung
82 und kurzfristige Profitmaximierung ausgerichtete Bewirt-
83 schaftung, wie sie von industriell ausgerichteten Großun-
84 ternehmen heute betrieben wird, den ländlichen Raum.
85 Artenvielfalt, Gewässer und Böden sind stark bedroht. Die
86 Viehwirtschaft hält 2020 viel mehr Tiere als die eigenen
87 Felder ernähren können. Daher stehen auch die bewirt-
88 schafteten Flächen in keinem Verhältnis zur anfallenden
89 Gülle.
90 So braucht es einen vollständigen Systemwechsel, durch
91 den Bauern für die Erbringung öffentlicher Leistungen im
92 Umweltschutz, der Artenvielfalt, des Tierschutzes, für den
93 Erhalt von Kulturlandschaften und die Sicherung der Ver-
94 sorgung mit Lebensmitteln gefördert werden. Die Mehr-
95 heit der Verbraucher*innen sind bereit, für diese Ziele
96 mehr zu bezahlen. Subventionen werden weiterhin zu be-
97 zahlbaren, wenn auch in Zukunft höheren Preisen ins-
98 besondere bei Fleisch beitragen. Für Fleisch wurde in
99 den letzten Jahren ein historisch einmalig hoher Ver-
100 brauch verzeichnet. Die Minderung des Fleischverbrauchs

101 ist unvermeidlich und außerdem für den Klimaschutz sehr
102 wichtig, da Nutztiere in erheblichem Umfang die Treib-
103 hausgase Kohlenstoffdioxid und das noch wirksamere
104 Methan ausstoßen. Neben dem wieder selteneren Ver-
105 zehr der Filetstücke sind Insekten ein möglicher Ersatz.
106 Infolge der Verschiebung der Klimazonen ist Wiederauf-
107 forstung unerlässlich, um Wüstenbildung zu verhindern.
108 Kulturlandschaften werden dann nicht überall erhalten
109 werden können. Vor allem aber braucht es Wiederauffors-
110 tung, um der Atmosphäre Klimagase zu entnehmen und
111 insgesamt eine klimaneutrale Wirtschaft zu ermöglichen.
112 Im Tierschutz muss und kann eine angemessene Stall-
113 gröÙe, Auslauf im Freiland und die wirksame Unterbin-
114 dung von Misshandlung durch entsprechende Gestaltung
115 der Arbeitsabläufe das erreichbare Minimum sein. Fer-
116 ner sind artgerechte Verhaltensweisen zu berücksichti-
117 gen, wie z. B. ein zum Wühlen geeigneter Untergrund für
118 Schweine. Bei Transporten von lebenden Tieren muss auf
119 genügend Wasser, Futter, Platz, Ruhezeiten und angemes-
120 sene Temperaturen geachtet werden. Der Transport von
121 Jungtieren ist zu verbieten. Auch hier bedarf es eines wirk-
122 samen Kontroll- und Sanktionssystems.
123 Rückkopplungen werden positive Auswirkungen in an-
124 deren Bereichen haben. So können mit dem geringeren
125 Einsatz von Düngemitteln die Wasserpreise langfristig
126 niedrig gehalten werden. Ohne Todeszonen in den eu-
127 ropäischen Meeren sind auch höhere Erträge in der Fi-
128 scherei zu erwarten und Fischgründe in den Territorien
129 ärmerer Länder können heimischen Fischern überlassen
130 bleiben. Artenvielfalt bei Insekten und Vögeln hält die
131 volkswirtschaftlichen Kosten der Landwirtschaft stabil,
132 da Schädlinge natürlich bekämpft werden und gleichzei-
133 tig die Bestäubungsleistung natürlich erbracht wird. Au-
134 ßerdem hat Europa die Chance, auf dem Zukunftsmarkt
135 des Lebensmittels Insekt-Vorreiter zu sein, wenn Fleisch
136 nicht unnatürlich billig verkauft wird. Genehmigungsver-
137 fahren unter Berücksichtigung der hohen Standards im
138 EU-Verbraucherschutz laufen seit 2018 und haben bei
139 Abschluss Vorbildcharakter. Auch verbessert sich die Ge-
140 sundheit der Menschen beim geringeren Einsatz von Che-
141 mikalien, denen u. a. gehäuftes Auftreten von ADHS zu-
142 geschrieben wird. Schon einfaches Umpflügen macht viel-
143 fach den Gebrauch von Herbiziden unnötig. Im Jahr 2020
144 ist es wegen des höheren Arbeitsaufwands längst unüb-
145 lich geworden, weil es nicht entlohnt wird.